

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/133

15. Juli 1976

Ansätze zu einer Annäherung

Über das Verhältnis katholische Kirche -
Sozialdemokratie

Von Hermann Buschfort MdB

Mitglied des SPD-Vorstandes und Parlamentarischer
Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und
Sozialordnung

Seite 1 und 2 / 58 Zeilen

"Geld her - oder Sozialismus"

Dregger bettelt mit Verleumdungen um Wahlkampfgelder

Seite 3 / 41 Zeilen

Jeder blamiert sich so gut er kann

Kohls Kultusminister Vogel als Verteidiger
bayerischer Gartenzaunperspektive

Seite 4 / 30 Zeilen

Wenig Erfolg nach viel Lärm

Zwischenfazit des Niedersachsen-Regierungschefs
Albrecht

Von Reinhard Scheibe

Geschäftsführer der SPD-Fraktion im nieder-
sächsischen Landtag

Seite 5 und 6 / 73 Zeilen

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die CSU-Gehheimakte Dr. Franz Heubl VI

Seite 7 bis 9 / 163 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 08 88 846 - 46 pphnd

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 376611

Ansätze zu einer Annäherung

Über das Verhältnis katholische Kirche - Sozialdemokratie

Von Hermann Buschfort MdB

Mitglied des SPD-Vorstandes und Parlamentarischer
Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Wie hätte sich das Verhältnis von katholischer Kirche und sozialdemokratischer Bewegung gestaltet, wenn der Kontakt zwischen dem Mainzer Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler und dem Führer der sozialdemokratischen Bewegung Ferdinand Lassalle vor mehr als 100 Jahren von längerer Dauer gewesen wäre? Zwei Männer von so unterschiedlicher Weltanschauung hatten sich in dem Bemühen gefunden, die soziale Frage des Jahrhunderts, die Arbeiterfrage, zu lösen. Doch der allzu frühe Tod Lassalles hatte das kaum geknüpfte Band zwischen den beiden Bereichen durchgeschnitten. Katholische Kirche und Sozialdemokratie sind seitdem im Ringen um die Arbeiterschaft ihre eigenen Wege gegangen, nicht selten in Frontstellung zueinander.

Seit einigen Jahren bemühen sich Kreise in der katholischen Kirche und in der Sozialdemokratie, aus dieser Frontstellung herauszutreten und das Verhältnis zu normalisieren, wobei sie immer wieder auf teilweise harte Widerstände stoßen. Von der Sozialdemokratie wurde bereits 1959 mit dem Godesberger Programm die Voraussetzung für einen konstruktiven Dialog geschaffen. Von katholischer Seite erscheint mir das Dokument der Gemeinsamen Synode der Bischöfe in der Bundesrepublik Deutschland "Kirche und Arbeiterschaft" als ein wichtiger Beitrag, der dazu geeignet sein kann, das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und Sozialdemokratie zu normalisieren. Allerdings wird an diesem Beispiel auch sichtbar, wie stark die Widerstände sind, auf die ein solches Bemühen stößt.

In aller Öffentlichkeit räumt das Dokument ein, daß die katholische Kirche sich bis heute unzulänglich "mit Karl Marx und seiner Lehre" und "mit den verschiedenen Erscheinungsformen und Spielarten des Sozialismus" auseinandergesetzt habe. Aus diesem Eingeständnis könnte ein neuer Dialog zwischen Kirche und Sozialdemokratie entstehen. Denn sehr deutlich

unterscheidet das Dokument einerseits bei Marx zwischen seiner Analyse, der man weitgehend zustimmen müsse, weil sie auf Fakten beruhe, und seiner weltanschaulich gefärbten Interpretation. Ebenso wird andererseits im Sozialismus zwischen verschiedenen Richtungen, zwischen weltanschaulichen Irrtümern und den berechtigten sozialen Forderungen deutlich unterschieden.

Eine Verurteilung wird nicht mehr ausgesprochen. Offenbar hat die Kirche aus ihrer Erfahrung gelernt, daß eine anfängliche pauschale Verurteilung eine spätere differenzierende Stellungnahme erschwert hat. Denn bis dahin waren viele Gelegenheiten verpaßt und hatten sich weitere Schichten der katholischen Arbeiterschaft bereits von der Kirche abgewandt. Statt einer Verurteilung gibt die Kirche in ihrem Synodenspapier den Ball zurück, indem sie die Nähe oder Ferne zu einer Partei oder Gewerkschaft, d. h. also auch zur Sozialdemokratie, von dem Programm und den Entscheidungen der betreffenden Partei abhängig macht. Die Sozialdemokratie wird den Ball aufgreifen und den Dialog mit der Kirche führen. An der Ernsthaftigkeit der Gesprächsbereitschaft gibt es schon seit Jahren keinen Zweifel, und auf vielen Ebenen ist dieses Gespräch auch schon im Gang.

Ein Beispiel hierfür bildet ein Treffen, das vor einigen Wochen zwischen dem Bundesvorstand der katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) unter Leitung des Bundesvorsitzenden Alfons Müller mit Vertretern des SPD-Partei Vorstandes unter Leitung des stellv. Parteivorsitzenden, Bürgermeister Hans Koschnick, stattfand. Bei einem Meinungsaustausch über sozial- und gesellschaftspolitische Fragen wie berufliche Bildung und Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen, oder auch über die Mitbestimmung und die Arbeiten an einem neuen Unternehmensrecht zeigte sich, daß an vielen Stellen teils Übereinstimmung, teils Berührungspunkte bestehen. Diese Ansätze, sich gegenseitig besser zu verstehen und damit zur Normalisierung des Verhältnisses von Kirche und Sozialdemokratie beizutragen, sollten von beiden Seiten fortgesetzt werden. Die Sozialdemokraten sind hierzu - auch auf regionaler und örtlicher Ebene - bereit. (-/ 15.7.1976/mie/e/pr)

"Geld her - oder Sozialismus"

Dregger bettelt mit Verleumdungen um Wahlkampfgelder

In ihrem Bemühen, noch mehr Geld für die CDU zu bekommen, ist die Unions-Partei unermüdlich. Nicht nur CDU-Schatzmeister Walter Leisler Kiep läuft von Chefetage zu Chefetage großer Unternehmen und klopft an die Türen der Wirtschaftsverbände, um um eine "kleine Gabe" zur Unterstützung des Wahlkampfes der CDU zu betteln. Das gleiche wiederholt sich auf sämtlichen Ebenen der christlichen Partei, vom Landesverband bis hin zum kleinsten Ortsverein. Aus den Wahlkreisen wird schon heute berichtet, daß die CDU-Kandidaten in den letzten Wochen und Monaten Unsummen von Geld gescheffelt haben, die ein Vielfaches des Etats der konkurrierenden Kandidaten von SPD und FDP überschreiten.

Ohne Frage ist schon heute klar: Die Union will mit dem Feldgeschrei "Geld her - oder Sozialismus!" die Bundestagswahl 1976 erneut mit dem "großen Geld" zu gewinnen versuchen. Das große Geld der Wenigen soll Einfluß nehmen auf das Wahlverhalten der Vielen, die nicht das große Geld haben. Den Einfluß, den die Geldgeber mit ihren Spenden auch auf die Politik ausüben wollen, werden sie nach dem 3. Oktober anmelden. Denn das ist eine uralte Unternehmensweisheit: Für Geld muß es auch Leistung und Ware geben.

Jüngstes Beispiel einer CDU-zentral gesteuerten Bettelbrief-Aktion lieferte jetzt der hessische CDU-Vorsitzende Dr. Alfred Dregger. Er forderte in einem Rundschreiben von Unternehmern Spenden, um den von ihm und seinen Unions-Freunden in den düstersten Farben gemalten Weg der Bundesrepublik in den "Sozialismus" verhindern zu können.

Die "wohl entscheidendste Wahl nach dem Kriege" wird nach Ansicht Dreggers darüber entscheiden, "ob wir unsere freiheitliche Ordnung behalten oder ob der Weg unseres Staates in den Sozialismus führt". Scharfmacher Dregger muß es wissen. Seine ordnungspolitischen Vorstellungen sind sattem bekannt. Da wird mit Unterstellungen und Verleumdungen gearbeitet, dass einem die Haare zu Berge stehen.

Mit der Behauptung, daß ein erfolgreiches Abschneiden der SPD/FDP-Koalition zu "unvorhersehbaren gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Umwälzungen" im Sinne von Systemveränderern führen werde, betreibt Dregger Brunnenvergiftung und zerstört letzte noch vorhandene Ansätze eines halbwegs politisch ertragbaren Klimes. Hier wird ein Kampfstil deutlich, der voll unter der Gürtellinie gehen soll und für die kommenden Wochen der Wahlkampfauseinandersetzung noch Schlimmes erwarten lässt.

Die SPD wird diese Art von Auseinandersetzung nicht mitmachen. Sie weiß, dass sie die besseren Argumente hat und dass der Wähler nicht so dumm ist, um sich vom großen Geld und plumper Agitation einfangen zu lassen. Der Wähler ist mündig, auch in seinem politischen Urteilsvermögen. Das wird die CDU, wenn sie es vielleicht auch gerne möchte, nicht rückgängig machen können.

Gode Japa
(-/15.7.1976/mie/a/pr)

+ + +

Jeder blamiert sich so gut er kann

Kohl's Kultusminister Vogel als Verteidiger
bayerischer Gartenzaunperspektive

Der rheinland-pfälzische CDU-Kultusminister Dr. Bernhard Vogel scheint es nötig zu haben. Anders ist es nicht zu erklären, daß er das "Nein" Bayerns nachträglich zu verteidigen versucht, an dem die Umsetzung des von zehn Länder-Ministerpräsidenten und dem Bundeskanzler unterzeichneten Abkommens zu einer wirksamen Beratung im Bildungswesen gescheitert ist.

Statt als derzeitiger Vorsitzender der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung gesamtstaatliches Verantwortungsbewußtsein zu zeigen, hat sich der Minister aus Rheinland-Pfalz widerspruchslos der bayerischen Gartenzaunperspektive gebeugt. Scheinheilig beklagt er im Pressedienst der Unions-Parteien eine angebliche Verletzung des Geistes partnerchaftlicher Zusammenarbeit, um auf diese Weise eine Ergebnissadresse an Bayern loszuwerden. Jeder macht's halt, so gut er's kann oder besser gesagt: Auch Bernhard Vogel tut innerhalb der Union das, was die CSU vorschreibt.

Dabei wäre der rheinland-pfälzische Kultusminister gut beraten, wenn er seine Energien darauf verwenden würde, seinen Beitrag zum Abbau des Numerus clausus zu leisten, statt sich in devoter Haltung gegenüber der Übermächtigen Schwesterpartei zu üben. Minister Vogel muß sich auch daran erinnern lassen, daß es in dem von ihm zu verantwortenden Schulwesen in Rheinland-Pfalz noch viel zu tun gibt. In einer vergleichenden Studie der Kultusministerkonferenz über die durchschnittlichen Klassenstärken in den Schulen der einzelnen Bundesländer kommt Rheinland-Pfalz nur auf mäßige mittlere Plätze. Zusammen mit Bayern, das fast ausschließlich das Schlußlicht bildet, ist Rheinland-Pfalz bei den 15 wichtigsten Schultypen nicht ein einziges Mal auf den ersten drei Plätzen vertreten.

Eine unabhängige, kontinuierliche und überregionale Beratung im Bildungswesen, wie sie in dem von den Regierungschefs von Bund und Ländern (mit Ausnahme Bayerns) gutgeheißenen Abkommen vorgesehen war, könnte auch Dr. Bernhard Vogel helfen, gegenüber den anderen Bundesländern verlorenes Terrain wieder aufzuholen.

Helmut Peter

(-/15. 7. 1976/mie/e/pr)

+ + +

Wenig Erfolg nach viel Lärm

Zwischenfazit des Niedersachsen-Regierungschefs Albrecht

Von Reinhard Scheibe

Geschäftsführer der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag

Fast alle Niedersachsen kennen den CDU-Ministerpräsidenten Dr. Ernst Albrecht; genau sind es, wie kürzlich zu lesen stand, 97 vH. Unter Politikern haben eine solche Quote vor ihm wohl nur Bundeskanzler erreicht. Bringt das die Sozialdemokraten aus der Fassung? Haben sie damit die nächste Landtagswahl in Niedersachsen heute schon verloren.

Nicht politische Leistungen haben Dr. Albrecht aber populär gemacht, sondern eine Reihe von Umständen, für die er selber nicht recht konnte. Dreimal, bei den Wahlgängen im niedersächsischen Landtag, war purer Zufall im Spiel und profitierte Albrecht von der Unzuverlässigkeit einiger Abgeordneter. Dazu hat er gar nichts getan (oder doch?), er hat es nicht einmal vorhergesehen, wie er beinahe zu oft betont.

Dann stand ihm das Glück des Terminplans zur Seite, indem ausgerechnet kurz nach seiner Wahl die Entscheidung über die Polenverträge zu treffen war. Das kunstreiche Hinauszögern des Ja war wohl ausgedachte Strategie zugunsten des CDU-Kanzlerkandidaten Dr. Helmut Kohl, vor allem aber zugunsten von Ernst Albrecht selber. Anders hätte nur ein reaktionärer Nationalist oder ein schierer Dummkopf entscheiden können.

Schließlich berief er den als liberal geltenden CDU-MdB Walther Leisler Kiep zum Finanzminister. Das war die einzige gelungene Überraschung, die Albrecht wohl selbst geplant und daher auch sich selbst zu verdanken hat; außer Kiep natürlich.

Damit sind die Wundertaten des niedersächsischen CDU-Ministerpräsidenten bereits vollständig aufgezählt. Wenig spricht dafür, daß weitere folgen werden. Die alltägliche Politik hat begonnen, und sie ist so trist wie eh und je im braven Niedersachsen und wie auch sonst in den an Kompetenzen armen Ländern dieser Republik. Und sie wird in Hannover so schlecht gemacht wie

kaum zuvor. Der Regierungsstil von Ernet Albrecht ist "neu"; niemand anderer, der nicht wie er Glück auf Geratewohl gehabt hat, könnte sich ihn leisten.

Vier Beispiele zum Beleg: 1. Sanierung der Staatsfinanzen durch Sparsamkeit ist oberstes Ziel dieses Ministerpräsidenten. Mit einem Ergänzungshaushalt, den seine Regierung vorlegte, sollte der Haushaltsentwurf der sozialliberalen Regierung revidiert, die Summe der Ausgaben weiter reduziert werden. Aber an den Beratungen des Haushaltsausschusses, bei denen dann fast alle Albrecht-Ergänzungen gestrichen wurden, nahm der Sparapostel gar nicht teil, sein Finanzminister lediglich einen Vormittag und ein Fachminister nur kurze Zeit. Die Regierung brachte ihren Haushalt ein, vertrat ihn aber nicht. Die CDU-Mitglieder im Finanzausschuß mußten erst zur Raison gerufen werden, ehe sie aufhörten, den Anträgen von SPD und FDP zuzustimmen. Fazit: Sparsamkeit fordern ist populär, zur Sparsamkeit auch im Detail zu stehen, noch dazu vor gewieften Experten im Ausschuß, ist aber eine schwere Aufgabe, der man sich lieber enthält.

2. Zum Sparprogramm gehört der Abbau von Personalkosten. Niemand hätte es allerdings für möglich gehalten, daß Personalkosten gleich für ganze Ministerien eingespart werden sollen. Dennoch gibt es Anzeichen dafür. Die Regierung hat große Teile der Landesverwaltung stillgelegt. Wichtige Entscheidungen des Kabinetts beruhen auf Tischvorlagen, die aus Ministerbüros stammen und den Verwaltungsbeamten der Ressorts mit ihrem Sachverstand nie zu Gesicht gekommen sind.

3. Wichtige politische Entscheidungen werden im Kabinett Albrecht vorwiegend unter "Verschiedenes" getroffen. Einzig aufgrund der pauschalen Zusage, er werde den Ausgleich in seinem eigenen Etat schon sichern, hat die sparsame Regierung dem Sozialminister beispielweise rund fünfzig Millionen DM für die Fortführung von Sanierungsmaßnahmen bewilligt. Bis heute wissen die zuständigen Beamten im Sozialministerium nicht, wie diese Summe an anderer Stelle denn eingespart werden soll.

4. Selbstverständlich nimmt sich die Regierung Albrecht auch der Jugenderbeitslosigkeit an. Als die SPD-Opposition mehrmals ein landeseigenes Programm angemahnt hatte, kam Albrecht auf einen brillanten Lösungsvorschlag: Jeder Betrieb, der eine Lehrstelle errichtet, sollte pauschal 3 000 DM bekommen. Erst seine Minister für Kultus und Finanzen mußten, mit vereinten Kräften, Albrecht von dieser neuartigen Form der Wirtschaftsförderung abbringen. Sonst hätten alle Unternehmen die Albrecht-Prämie fordern können, die bereits früher die Zahl der Lehrstellen freiwillig erhöht hatten.

Das an Beispielen aus der praktischen Arbeit der Regierung Albrecht. Die Niedersachsen, die davon wenig wissen, scheinen zur Zeit trotzdem mit ihrem Ministerpräsidenten zufrieden zu sein - über fünfzig v. H. würden ihm ihre Stimme geben, wenn jetzt zu wählen wäre. Nur: Spektakuläre Wahlgänge und die CDU-Dramaturgie um die Polenverträge, denen er Bekanntheit und Zustimmung verdankt, werden auch wieder in Vergessenheit geraten. Dann reicht ein freundliches Lächeln allein nicht mehr. Es könnte Dr. Ernet Albrecht zum hilflosen Grinsen geraten. (-/15.7.1976/mie/ve/e/pr)

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die CSU-Geheimakte Dr. Franz Heubl VI

Der größte Lichtblick würde selbstverständlich darin bestehen, wenn der bayerische Ministerpräsident und der Parteivorsitzende trotz ihrer Vitalität, Brutalität, Sentimentalität, Sensibilität und Empfindlichkeit die Fähigkeiten hätten, zu begreifen, daß sie dem in so überzeugender Weise zum Ausdruck gebrachten Fortschritt nicht mehr allzu lange im Weg stehen sollten. Das wäre aber freilich nur ein Lichtblick, und Lichtblicke sind manchmal nur Gesichtspunkte, und Gesichtspunkte sind manchmal nur Sommersprossen, aber leider noch nicht Wirklichkeiten. So schlecht geht es zu auf dieser Welt. Bis es eben besser wird, müssen weitere Interviews dafür sorgen, daß bei voller Loyalität und Treue gegenüber den Freunden trotzdem die Möglichkeiten für die Zukunft nicht verbaut werden.

Das schönste allerdings an der ganzen Geschichte ist, daß das alles nicht stimmt. Es stimmt nämlich deswegen nicht, weil der Interviewer seinen Gewährsmann völlig falsch verstanden und falsch zitiert hat. Hier zeigt es sich eben, daß trotz der Lehr- und Wanderjahre in der Fremde, trotz der sprachlichen Ausbildung, trotz der Geschliffenheit des weltmännischen Auftretens und der damit verbundenen Ausdruckweise, eben doch noch Verständigungsschwierigkeiten zwischen einem Hamburger Journalisten und einem - Verzeihung! - altbayerischen Politiker unvermeidliche Beigaben des ekelerregenden täglichen politischen Handwerkes sind. Wozu wären denn auch Dementis schließlich im Sprachgebrauch der Politiker eine unvermeidliche Notwendigkeit, sozusagen eine den politischen Umgang mit den eigenen Freunden regulierende Hilfe? In dem Sinne wissen alle, daß wiederum einmal ein Hamburger Organ einem Bayern durch seine Art der Darstellung Unrecht hat widerfahren lassen. Das Bittere an dem Unrecht liegt darin, daß die Übertreibung des Wohlwollens und die sonst nur von Hofberichterstattem gewählte Ausdruckweise keinen anderen Zweck verfolgt haben, als den Interviewten bei seinen Freunden in bitteres, aber natürlich unverdientes Unrecht zu rücken. Da aber die Altbayern nicht nur eine brutale, sondern auch eine mitleidige Komponente haben, vor allen Dingen wenn es um sie selber geht, empfinden sie das Ausmaß dieses Unrechts gemeinsam mit ihrem aus der Distanz her für Bayern wirkendem Botschafter, dem Staatsminister Franz Heubl.

Mit freundlichen Grüßen
Dein
gez. F.J. Strauß

Leserbrief an die Zeitung "Die Welt"

"In der Ausgabe der 'Welt' vom 25.1.1972 haben Sie mich in einem Porträt mehrfach zitiert, leider mißverständlich. Ich selbst bin von Herkunft und Wesen Altbayer und teile uneingeschränkt Vorzüge und Schwächen dieses Volkstammes. Seit beinahe zehn Jahren bemühe ich mich als Bayerns Vertreter in Bonn, die Vielschichtigkeit dieses lebenswürdigen Landes und seiner Menschen darzustellen und negative Vorurteile, wo immer es nur geht, abzubauen.

Wie notwendig das ist, zeigt sich auch in diesem Falle. Gerade aus meiner Kenntnis der Persönlichkeit von Franz Josef Strauß, der Gemeinsamkeit der politischen Zielsetzung in der Christlich-Sozialen Union und in Anerkennung seiner Leistungen für Bayern und die Bundesrepublik wollte ich durch mehr Verständnis für die bayerische Wesensart mehr menschliche Gerechtigkeit für ihn erwirken. Franz Josef Strauß hat sie ganz sicher verdient, weil er mehr als jeder andere ungerechtfertigt in der Schußlinie seiner Gegner liegt.

München, den 1. Februar 1972

Dr. Franz Heubl
Staatsminister

Dr. Franz Heubl

München, 1. Februar 1972

An den
Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen
Union in Bayern
Herrn Bundesminister a.O. Dr.h.c. Franz Josef Strauß
München
Lazarertstr. 33

Lieber Franz Josef !

Beiliegenden Leserbrief sendte ich heute an 'Die Welt'. Ich wollte auf diese Weise jedes Mißverständnis ausräumen, Fehlinterpretationen der politischen Gegner ausschließen, die uns nahe stehende 'Welt' nicht in Schwierigkeiten hinsichtlich der Zuverlässigkeit ihrer Darstellungen bringen und außerdem Deine Persönlichkeit, Deine politische Leistung und unsere gemeinsame politische Zielsetzung eindeutig zum Ausdruck bringen. Ich hoffe, daß damit diese aktuelle Spannung beseitigt ist.

Dieser Vorgang hat mir jedoch gezeigt, daß Du aus Gründen, die ich nicht kenne, der Meinung bist, ich wollte Dich aus dem Amt des Landesvorsitzenden vertreiben bzw. auf dem Parteitag gegen Dich kandidieren. Das war nicht meine Absicht und ist es auch jetzt nicht. Der kommende Parteitag wird das beweisen, auf dem ich die Absicht habe, mich wieder zur Wahl für einen der drei stellvertretenden Landesvorsitzenden zu stellen.

Ich bin überzeugt, daß damit bei aller möglichen Verschiedenartigkeit in der Akzentuierung die gemeinsame Grundlage für den Kampf gegen den politischen Gegner erhärtet ist.

Mit freundlichen Grüßen

Dein

gez. Franz Heubl

1. Anlage

24. Mit Brief vom 11.2.72 an Strauß versuchte H. die Atmosphäre, die unvermeidlich durch die bereits geschilderten Aktionen entstanden war, zu entspannen (siehe Anlage). H. bat um ein klärendes Gespräch, zu dem sich Strauß bereit erklärte.

Dr. Franz Heubl

München, 11. 2. 1972

Lieber Franz Josef !

Mit Erschrecken hörte ich, daß der Graben der Mißverständnisse und Spannungen noch tiefer geworden sei als vorher. Ich muß Dir sagen, ich kann mir das einfach nicht vorstellen und auch unentwegt nach dem Grund. Laß uns doch um Gotteswillen darüber reden. 25 Jahre machen wir gemeinsam Politik, wir beide sind gegen die Ostverträge, für die Marktwirtschaft und für die Ordnung im Staat gegen den Widerstand der Linken. 25 Jahre hatten wir ein menschliches persönliches Verhältnis des Vertrauens, ich jedenfalls, und der Zuneigung. Alles das soll nicht mehr gelten? Laß uns doch nächste Woche in Bonn über alles, was Du meinst oder denkst, reden und alle Spannung beseitigen. Franz Josef, das kann nur im Interesse von uns beiden und der gemeinsamen Sache sein. Ich bin sicher, daß Du diesen Vorschlag, diese Bitte verstehtst.

Mit herzlichen Grüßen

Dein

gez. Franz

25. Im Zusammenhang mit dem 'Welt'-Artikel 'Senkrechtstarter auf dem Bildschirm' (siehe Punkt 23.) wurde von einem zuständigen und gut informierten Redaktionsmitglied mitgeteilt, H. habe in dem Gespräch mit dem Redakteur Walter Spiegel noch bedeutend mehr gesagt, als darin verwendet worden sei. Außerdem sei das Gespräch auch auf Tonband aufgenommen worden.

26. Das Exklusiv-Interview H.'s in den 'Nürnberger Nachrichten' vom 21.3.72, das den Titel trägt: 'Die Schwierigkeiten sind nicht unüberwindbar' (siehe Anlage) beinhaltet insofern eine Ungeheuerlichkeit, als sich hier H. gegenüber der Linkspresse als Sprecher einer Gruppe hervortut, für die er nie einen Finger gerührt

hat. Als er von Strauß darauf zur Rede gestellt wurde, behauptete er wie stets, er habe derartiges nicht gesagt, bzw. er werde hier falsch ausgelegt.

27. Bei der Beratung über den Grundlagen-Vertrag stimmte die Landesgruppe der CSU einstimmig und die Fraktion der CDU/CSU mit großer Mehrheit dagegen. Je mehr H. merkte, daß Strauß aus grundsätzlichen politischen Überlegungen eine Klage des Landes Bayern gegen diesen Vertrag anstrebe, äußerte er sich mehr und mehr in einer Weise, die alles offen ließ. Im Anschluß an die Abstimmung im Bayerischen Kabinett über eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, die mit 6 gegen 6 Stimmen ausging und nur durch das positive Votum des Ministerpräsidenten und des Innenministers letztlich zustandekam, erklärten anschließend die meisten Kabinettsmitglieder, die dagegen gestimmt hatten, unter dem Einfluß von H. gestanden und die Tragweite dieser Entscheidung nicht sofort erkannt zu haben.

28. Als H. nach Klageerhebung im Bundesrat eine klare Stellungnahme für die Haltung der bayerischen Staatsregierung abgeben sollte, erklärte Ministerpräsident Goppel gegenüber Strauß, H. könne dies leider nicht machen, weil er ja an einer europäischen Tagung in Rom teilnehmen müsse. H. hatte Goppel gegenüber wahrheitswidrig erklärt, er müsse im Auftrage von Strauß an der Europäischen Tagung in Rom teilnehmen, an der er dann tatsächlich dennoch nicht teilnahm, sondern einen Parteivertreter entsandte. Als Grund dafür gibt H. heute eine zahnmedizinische Behandlung an. Ohne alle Frage war an diesem Tag die politische Bühne der Bundesrat in Bonn und nicht ein europäisches Frühstück in Rom.

29. Bei dem Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe war mit einem politisch sehr aufwendigen Aufmarsch der Bundesregierung mit den Ministern Jahn, Bahr und Ehmke zu rechnen. Strauß hatte Ministerpräsident Goppel bereits lange vorher auf diesen Umstand aufmerksam gemacht und mit Nachdruck den Standpunkt vertreten, daß die Bayerische Staatsregierung durch ein Kabinettsmitglied im Ministerrang vertreten sein müsse; am besten durch jemanden, der sowohl die politischen Vorgänge kenne, als auch eine juristische Ausbildung besitze. Hier bot sich eindeutig der Staatsminister für Bundesangelegenheiten in Bonn, Dr. Franz Heubl, an. Ministerpräsident Goppel vermochte jedoch seinen Staatsminister hierzu nicht zu bewegen und konnte nur achselzuckend feststellen, daß H. erklärt habe, er befände sich dann bereits in seinem Ferienquartier in Rhodos und man könne ihm nicht zumuten, seinen Urlaub für diesen Termin vor dem Verfassungsgericht zu unterbrechen. Auch als Heubl von potenter Seite seines eigenen Dienstbereichs zur Wahrnehmung des Termins gedrängt und ihm erklärt wurde, es stünde ein Hubschrauber für die Beförderung zur Verfügung, lehnte er dennoch immer wieder ab, schließlich sogar mit der Begründung, daß ein Klageerfolg in Karlsruhe einen großen Zwiist mit der Sowjetunion auslösen könne. Er ging sogar so weit zu meinen, daß dann die Rote Armee hier einmarschieren und er dann als Schuldiger zur Verantwortung gezogen und eventuell sogar aufgehängt werden würde. Politische und juristische Sachverständige, die den Prozeß in Karlsruhe genauestens verfolgt und auch nach dem Urteilspruch analysiert haben, sind durchaus der Meinung, daß bei einer nachhaltigeren Prozeßvertretung durch den Freistaat Bayern ein noch besseres Ergebnis hätte erzielt werden können. Die nachträglichen Beteuerungen H.'s, sein Verhalten sei von der Sorge um das Ansehen der CSU diktiert gewesen, erübrigt jeden Kommentar.

30. Am 17.11.75 gab es im Bayerischen Rundfunk einen Kommentar des Redakteurs G. Friedl zum Thema: Selbsterfleischung der CDU/CSU in einem unfruchtbaren Richtungekampf, der in der Festatellung gipfelte, man könne innerhalb der CSU unter den allmählich sich profilierenden jüngeren Abgeordneten und Parteichargen oder im bayerischen Kabinett hören, man sei über die Starrheit des CSU-Vorsitzenden Strauß nachgerade verzweifelt (siehe Anlage). Es ergeben sich wieder zuverlässige Hinweise, daß H. als Quelle beziehungsweise als Informant in Betracht kam. Er schrieb daher unter dem 6.5.76 folgenden Brief an den Vorsitzenden des Bayerischen Rundfunkrates (siehe Anlage). Diese Methode ist bekannt. Friedl hat aber gegenüber zuständiger Seite erklärt, daß er seine Informanten niemals preisgeben werde. Der Umstand, daß er anlässlich des von H. geschilderten Ereignisses sogar ihm gegenüber alles bestritt, ist also kein Argument für H.'s Glaubwürdigkeit.

(= / 15.7.1976/va/ps)

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller

(Schluß am 16.7.1976)